

**FDP-Fraktion startet Initiative zur Evaluation der Bäder GmbH.**

► Sommerzeit ist Badezeit! Doch wer in Dresden schwimmen möchte, dem vergeht der Badespaß oft allzu schnell. Die Wassertemperatur ist zu niedrig, die Öffnungszeiten zu kurz, die Badestellen werden vernachlässigt und der Neubau der Schwimmhalle Klotzsche drohte ganz ins Wasser zu fallen. Leider hat die Landeshauptstadt kaum Möglichkeiten, bei Problemen gegenzusteuern, denn seit Gründung der Dresdner Bäder GmbH vor zehn Jahren sind die Badestätten dem Einfluss von Stadtrat und Verwaltung weitestgehend entzogen. Die GmbH schaltet und waltet nach eigenem Gutdünken, die Probleme häufen sich und das Stadtsäckel muss für ungedeckte Verluste aufkommen. Die Dresdner Liberalen fordern deshalb den Betrieb einer genauen Prüfung zu unterziehen und die Bäder gegebenenfalls in die Verantwortung der Stadt zurückzuholen. Lesen Sie mehr dazu auf Seite 3.

Wohin geht die Fahrt mit den Dresdner Verkehrsbetrieben?

Seit Jahren finanzieren sich die Dresdner Verkehrsbetriebe nicht mehr aus ihren Einnahmen, sondern sind auf Zuschüsse von der Stadt angewiesen. Neue Entwicklungen verschärfen die Situation.

Die Dresdner Verkehrsbetriebe haben ein Finanzierungsproblem. Diese Feststellung ist leider weder eine Neuigkeit noch ein Geheimnis. Die Ausgaben der DVB sind schlicht nicht durch die Einnahmen aus dem Fahrkartenverkauf zu decken. In der Vergangenheit war es daher üblich, dass die stadteigenen Technischen Werke Dresden (TWD) einsprangen und die Verluste aus ihren Mitteln deckten. Da der Zuschussbedarf jedoch kräftig angestiegen ist und die TWD eigene finanzielle Sorgen haben, können sie nicht mehr zum vollen Ausgleich der DVB-Verluste herangezogen werden. Seitdem sucht die Stadt händeringend nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten. Für den Doppelhaushalt 2023/24 hatte die Verwaltung vorgeschlagen, die Defizite durch Mehreinnahmen

aus der „Parkraumbewirtschaftung“, also aus Parkgebühren, zu bestreiten. Diese wenig einfallsreiche Idee konnte die FDP-Fraktion bei den Haushaltsverhandlungen zum Glück abwenden, das Problem besteht aber weiter. Zudem steht die Gefahr im Raum, dass Fördergelder in Höhe von 25 Millionen Euro, die die DVB für die Anschaffung der neuen Stadtbahnen erhalten hatte, rückwirkend aberkannt werden und zurückgezahlt werden müssen. Auch durch die Einführung des Deutschlandtickets im Mai kommen neue Ungewissheiten hinzu. Da noch immer nicht klar ist, wie die Entschädigung des Bundes an die Verkehrsbetriebe ausgestaltet werden wird, kann auch noch nicht kalkuliert werden, welcher Anteil des ÖPNV-Kuchens an die DVB gehen wird.

Dabei zeigt sich ein altbekanntes Problem der Dresdner Busse und Bahnen: Es wurde zu viel Geld in Angebote gesteckt, die kaum abgefragt werden. Neben dem hervor-



Schöne neue Stadtbahnwagen – doch die Kosten drohen zu entgleisen.

ragenden Linienangebot, das das Kerngeschäft, der DVB darstellt, wurde in den vergangenen Jahren nach weiteren Wegen gesucht, das Angebot vermeintlich attraktiver zu machen. Hier sind insbesondere der Aufbau der sogenannten MOBI-Punkte und der Betrieb einer Leihfahrradflotte zu nennen, die Abo-Kunden bisher mitnutzen konnten. Für Kunden, die das Deutschlandticket nutzen, sollen diese Leistungen nun nicht zur Verfügung stehen, sondern müssen kostenpflichtig dazu gebucht werden. Bisher scheint das Interesse an diesen Zusatzleistungen jedoch vergleichsweise gering zu sein. Für die DVB stellt sich also die Frage, in welche Richtung es weitergehen soll. „Es muss auf der Ausgabe Seite gekürzt werden“, meint Christoph Blödner, der fi-

nanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, „Durch das Deutschlandticket sind wir nun in der Lage zu sehen, wie groß die Nachfrage nach Zusatzleistungen wirklich ist. Was nicht nachgefragt wird, muss auch nicht bereitgehalten werden. Die DVB muss sich wieder auf ihr Kerngeschäft besinnen, die Dresdner und ihre Gäste von A nach B zu befördern. Luxusexperimente auf Kosten des Stadtsäckels müssen zurückgefahren werden. Wir müssen dringend die Weichen stellen für den Kurs der DVB in den kommenden Jahren. Die bisherige Einstellung von Teilen des Stadtrates und der Geschäftsführung, dass jede Investition gerechtfertigt sei, wenn sie den ÖPNV vielleicht attraktiver macht, können wir uns nicht mehr leisten. Wir müssen umdenken, und zwar zügig.“

Schwierige Diskussion um Asyl-Unterbringung

Der Stadt gehen die Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber und Flüchtlinge aus. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Zuwanderer immer weiter an. Die Stadt muss handeln und hat die Unterbringung in Containerdörfern ins Gespräch gebracht. Das finale Wort hatte der Stadtrat.

Im Mai beriet der Stadtrat über die Unterbringung von Asylbewerbern in Dresden. Die Verpflichtung zur Aufnahme der Personen, die Dresden vom Land zugewiesen werden, ist gesetzlich geregelt; Entscheidungsspielraum haben die Kommunen dabei nicht. Entsprechend könnte der Stadtrat nicht beschließen, keine Asylbewerber mehr aufzunehmen. Die Aufgabe der Stadtverwaltung und des Stadtrates besteht daher darin, die Rahmenbedingungen der Unterbringung festzulegen.

Da die Kapazitäten an Unterkünften, städtischen Immobilien und anmietbaren Wohnungen nahezu ausgeschöpft sind, bleiben nur noch Container übrig, die sich relativ schnell errichten lassen. Hätte der Stadtrat gegen die Container gestimmt, müssten die Flüchtlinge wieder in Sporthallen unterge-



Auch in der City-Herberge werden neue Unterbringungskapazitäten geschaffen.

bracht werden, sodass diese nicht mehr für Schul- und Vereinssport genutzt werden könnten – für die FDP-Fraktion inakzeptabel. „Wir haben uns daher entschlossen, dem Vorschlag unseres Oberbürgermeisters grundsätzlich zu folgen,

jedoch den Plan der Verwaltung so anzupassen, dass er den Anforderungen besser gerecht wird. Wer eine Kompletterweigerung in dieser Sache gefordert hat, verleugnet die Pflichten der Landeshauptstadt und entzieht sich der Verantwort-

ung, in dieser schwierigen Situation eine gute Lösung für die Stadt zu finden“, hält FDP-Stadtrat Robert Malorny fest.

Die Verwaltung hatte neun Standorte vorgeschlagen, an denen 824 Menschen untergebracht werden sollten. Allerdings zeigt ein Blick in das Asyl-Monitoring der Stadt, dass mehrere Hundert Plätze in den vorhandenen Unterkünften unbesetzt sind und weitere Unterbringungsmöglichkeiten frei werden müssten, da die Asylverfahren der dort untergebrachten Personen abgeschlossen sind.

„Die Verwaltung hat sich auf Planzahlen und deren 100%ige Deckung festgelegt. Diese Prognosen waren in der Vergangenheit aber oft falsch“, merkt Malorny an. „Im 4. Quartal 2022 sollten der Stadt 1.700 Asylbewerber zugewiesen

werden. Tatsächlich kamen aber nur 1.084 Personen. Hier ist Team Angst am Start! Es sollen zu viele Container mit zu hohen Kosten errichtet werden.“ Die FDP-Fraktion sprach sich daher für eine Verringerung der Container-Standorte aus, ein Vorschlag, den der Oberbürgermeister übernahm. Ein FDP-Änderungsantrag begrenzt zudem die Maximalbelegung am Standort Sachsenplatz auf 65 Personen. Insgesamt sollen in den sechs Container-Standorten nun nur noch 505 Personen untergebracht werden. Zudem konnte die FDP-Fraktion durchsetzen, dass die Fläche, die bisher für das neue Verwaltungsgebäude des Landtages vorgesehen war, als Alternativstandort für den Altgorbitzer Ring geprüft wird. Der FDP-Vorschlag, weitere mögliche Standorte nicht in den Ortschaften zu suchen, wurde dagegen abgelehnt.

Änderung der Sondernutzungssatzung rettet Rummel

Die Gebührenbefreiung für Sondernutzung ist seit langem ein Anliegen der FDP-Fraktion. Davon profitiert auch der Rummel.

Schon in den ersten Monaten der Corona-Pandemie forderte die FDP-Fraktion Maßnahmen zur Entlastung der Dresdner Wirtschaft. Dazu gehörte die Aussetzung der Sondernutzungsgebühren, sodass Gastronomen und Veranstalter öffentliche Flächen nutzen können, ohne durch städtische Abgaben unnötig belastet zu werden. Das Konzept erwies sich als Erfolg, viele Unternehmer bestätigten, dass die Erleichterung ihnen dabei half, durch die Krise zu manövrieren. Im Stadtrat konnten die Liberalen wiederholt durchsetzen, dass die zunächst für 2020 gedachte Entlas-

tung auch in den Folgejahren beibehalten wird.

Neben vielen Gastronomen, die jetzt weiterhin ihre Freisitze anbieten können, profitiert davon auch der beliebte Rummel an der Marienbrücke. Veranstaltet wird der Rummel seit Jahren vom Dresdner Schaustellerverband, der sich zuletzt jedoch mit finanziellen Herausforderungen konfrontiert sah. Die Leitungsanlage auf dem Rummelplatz war schadhaft und konnte nicht mehr genutzt werden. Die Stadt Dresden, die Eigentümerin der Fläche ist, hatte kein Interesse an der Sanie-

rung der Anlage und so nahmen es die Schausteller kurzentschlossen selbst in die Hand, den Platz wieder flott zu machen. Die Kosten für dieses Projekt trugen sie dabei selbst. FDP-Stadtrat Robert Malorny, der sich mit Vertretern des Schaustellerverbandes getroffen hat, urteilt: „Es ist ärgerlich, dass Unternehmer sich um Probleme kümmern müssen, für die eigentlich die Stadt verantwortlich ist. Umso besser ist es, wenn sich dennoch Menschen finden, die selbst aktiv werden. Ich freue mich, dass wir die Schausteller entlasten und sich die Karusselle in Dresden weiterdrehen können.“



Und noch eine Runde! Die Gebührenbefreiung macht's möglich.

KURZNACHRICHTEN

FDP-Fraktion hat sich mit „Licht an!“-Forderung durchgesetzt

Aufgrund der Energiesparverordnung des Bundes mussten sowohl der Freistaat Sachsen als auch die Landeshauptstadt Dresden die Außenbeleuchtung öffentlicher Gebäude und historischer Baudenkmäler ausschalten. Den gesamten Winter über blieben die Lichter aus. Die FDP-Fraktion hatte mit einem Antrag angeregt, dass die Stadt gegenüber dem Freistaat das Ende der zweifelhaften Maßnahme fordert und die Weihnachtshauptstadt Dresden in der für den Tourismus besonders wichtigen Adventszeit wieder zum Strahlen bringt. Als die

Energiesparverordnung am 15. April endlich auslief, wurde die Beleuchtung entgegen aller Erwartungen bei den Gebäuden des Freistaates und Frauenkirche nicht wieder angestellt. Die FDP-Fraktion machte sich erneut gegen diese rein symbolische Entscheidung stark. Mit Druck aus Politik und Gesellschaft gelang es, dass der Canaletto-Blick nun auch bei Nacht wieder strahlt und Dresdenern wie Touristen seine gewohnte Pracht präsentiert. Die Stiftung Frauenkirche gab wenig später ebenfalls bekannt, die Frauenkirche nachts wieder zu beleuchten.

Verkehr in Altcotta entlasten

Lange wurde der dringend benötigte Ausbau des Emerich-Ambros-Ufers aufgeschoben. Dafür gibt es nun keine Ausreden mehr. Im Zuge des beschlossenen Doppelhaushalts 2023/24 hat die FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat finanzielle Mittel zur Fortsetzung der Planungsarbeiten bereitgestellt. Zur weiteren Verkehrsentslastung haben die Liberalen gemeinsam mit Union und Freien Wählern einen Eilantrag eingebracht, um die geplante Busspur auf dem Flügelweg zunächst nur als befristeten Verkehrsversuch zu erproben.

Bürgermeisterposten voll besetzt – Vertreterregelung nicht geklärt

Nach langem Hin und Her ist es dem Stadtrat und dem Oberbürgermeister nunmehr endlich gelungen, auch den letzten Beigeordnetenposten mit dem Zuständigkeitsbereich Wirtschaft, Digitales, Personal und Sicherheit zu besetzen. Der bisherige Chef der Dresdner Arbeitsagentur Jan Pratzka (CDU) wurde mit einer knappen Mehrheit von 34 Stimmen bei 33 notwendigen Stimmen ins Amt gewählt. Die FDP-Fraktion unterstützte Pratzkas Kandidatur. Nach Monaten des Ringens und der missglückten Wahl des ersten CDU-Kandidaten war es

wichtig, Dresden endlich wieder mit einer vollständigen Bürgermeisterriege auszustatten. Aber es zeigt sich auch, dass das eigentliche Bündnis aus Grünen, CDU und Linken auch diesmal nicht gehalten hätte. Das bestätigte sich anschließend auch an der Regelung über die Vertretung des Oberbürgermeisters, der die Beigeordneten Jan Donhauser (CDU) und Eva Jähnigen (Grüne) vorschlug. Dieser Vorschlag fand trotz der Absprachen im Bündnis der drei Fraktionen wiederum keine Mehrheit.

Zehn Jahre Bäder GmbH – Evaluierung gefordert

Seit zehn Jahren besteht die Bäder GmbH als vollständige Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt Dresden unter dem städtischen Firmenkonstrukt der Technischen Werke Dresden. Zeit für eine Evaluation der Arbeit der Bäder GmbH und ob sich das Modell bewährt hat. Denn aktuell läuft nicht alles gut bei den städtischen Frei- und Hallenbädern.

Vom Eigenbetrieb zur GmbH

Am 1. Januar 2013 wurde die Bäder GmbH gegründet und die städtischen Schwimmbäder in ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadt Dresden überführt. Damit war die Entscheidungshoheit über

jetzt gerät die TWD selbst in finanzielle Schwierigkeiten. Inzwischen musste sowohl bei der DVB als auch bei der Bäder GmbH der Stadtrat bei der Finanzierung einspringen. Er stellte im aktuellen Doppelhaushalt für die DVB AG 15,9 Mio. Euro und für die Bäder

gerecht. Immer noch kämpfen die Freibäder in der Saison mit sperrigen Öffnungszeiten, trotz heißer Tage im Mai oder September sind die Freibäder geschlossen. Für dieses Jahr wurde erneut eine deutlich verkürzte Saison angekündigt. Erst seit dem 26. Mai sind wieder alle Freibäder geöffnet, am 3. September werden sie schon wieder geschlossen sein. Außerdem werden die meisten Schwimmhallen den Sommer über für den öffentlichen Betrieb geschlossen. Auch fast alle Saunas der Bäder GmbH, die eigentlich ein einträgliches Geschäft sein sollen und die mit den privaten Anbietern konkurrieren, waren über den ganzen Winter geschlossen und werden das auch im Sommer bleiben. Als Begründung mussten die hohen Energiekosten herhalten, derselbe Grund, aus dem auch die Wassertemperaturen in den Bädern gesenkt wurden. Wenn man dagegen nach Leipzig schaut, sieht man, dass es auch anders geht. Dort blieben Saunas offen und die Wassertemperaturen wurden bereits im Februar wieder auf Normalmaß hochgesetzt. Und auch die Badestellen in Weixdorf oder Weißig sind in keinem guten Zustand.

Haushaltsplan sind in den Jahren 2021 und 2022 rund 2 Mio. Euro in die Bauvorbereitungen geflossen. Allein aus diesem Grund ist das plötzliche Aus des Projektes nicht zu erklären. Bei der Haushaltsdebatte Ende 2022, als die Bäder GmbH im letzten Moment um einen höheren Verlustausgleich gebeten hatte, wurde zu keinem Zeitpunkt erwähnt, dass der Schwimmhallen-Ersatzbau in Klotzsche nicht kommen soll.“ Immer wieder hat sich gezeigt, dass durch die von der FDP-Fraktion kritisierte Ausgliederung der Dresdner Bäder der Stadtverwaltung und dem Stadtrat wichtige Einflussmöglichkeiten entzogen wurden. „Stadtgesellschaft und Stadtrat wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Eine derartige Brückierung des Stadtrates stellt auch die Führungspositionen der Bäder GmbH und diese Struktur in Frage.“

FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat nun, den Betrieb der Bäder und Saunas einer gründlichen Evaluation zu unterziehen. Unter Berücksichtigung aller steuerlichen und wirtschaftlichen Aspekte sollen die positiven wie negativen Folgen der Ausgliederung dargestellt werden. Insbesondere muss dabei betrachtet werden, wie sich die Betriebsergebnisse und der Investitionsstau seit der Umstrukturierung vor zehn Jahren entwickelt haben. Zur Evaluation muss auch eine ergebnisoffene Überprüfung gehören, welche Vor- und Nachteile sich aus einer möglichen Wiedereingliederung der städtischen Bäder in den Eigenbetrieb Sportstätten ergeben würden. „Aufgrund der finanziellen Situation der Bäder GmbH und des unflexiblen Zuschusses durch die TWD sowie der Möglichkeit der Zurückerlangung der Kontrollmöglichkeiten des Stadtrates über diesen wichtigen Bereich der städtischen Daseinsvorsorge erscheint es durchaus sinnvoll, darüber nachzudenken,“ meint Zastrow.



Auch die Badestelle Weixdorf wird vernachlässigt.

die Schwimmbäder dem Stadtrat entzogen, die Frei- und Hallenbäder wurden aus dem Eigenbetrieb Sport und Bäder herausgelöst. Die Bäder GmbH landete im städtischen Firmenkonstrukt unter dem Dach der Technischen Werke Dresden. Damit war zwar der jährliche Zuschuss an die Bäder in Höhe von ca. 15 Mio. Euro gesichert, die Technischen Werke, die lange Zeit die DVB mit 40 Mio. Euro jährlich und inzwischen 55 Mio. Euro bezuschussten, sind dagegen an ihre Leistungsgrenze gekommen. Schon bei der Gründung der Bäder GmbH äußerte sich die Geschäftsführung der TWD ambivalent. Einerseits sei es gerade so noch möglich, die Bäder GmbH zu finanzieren, andererseits ist die TWD in ihren Handlungsmöglichkeiten nun deutlich eingeschränkt. Vor zehn Jahren konnte die TWD noch einen guten Anteil ihrer eigenen Kredite tilgen und DVB und Bäder GmbH subventionieren, doch

GmbH 2,1 Mio. Euro zusätzlich bereit. Damit ist einer der wesentlichen Gründe für die Ausgründung, nämlich die Subventionierung der Bäder GmbH über die TWD, nicht mehr gegeben.

Gleichzeitig hat die Bäder GmbH in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Frei- und Hallenbädern saniert und fertiggestellt. Der Schwimmkomplex Freiburger Straße wurde für 42 Mio. Euro saniert und ausgebaut, 22,7 Mio. Euro über den ursprünglich prognostizierten Kosten. Die Schwimmhalle Bühlau wurde gebaut und das Freibad Prohlis saniert. Ebenfalls wurde das Georg-Arnhold-Bad saniert sowie das Freibad Cotta; und aktuell erfolgt die Sanierung des Nordbades. Diesen Investitionsstau, den es schon vor der Ausgründung gab, hat die Bäder GmbH abgebaut.

Allerdings wurde die Bäder GmbH ihren Erwartungen nur zum Teil

Schwimmhalle Klotzsche

Noch viel schwerer wiegt die vorläufige Absage des Neubaus der Schwimmhalle Klotzsche, für die schon ein Baufeld an der Königsbrücker Straße 100 vorbereitet wurde. „Das Aus des Ersatzneubaus der Schwimmhalle Klotzsche ist ein schwerer Schlag für die Dresdner Stadtgesellschaft und insbesondere den Dresdner Norden“, sagt FDP-Fraktionschef Holger Zastrow. „Am neuen Standort an der Königsbrücker Landstraße wurde bereits ein Erbbaupachtvertrag geschlossen und das Grundstück für den Bau beräumt. Laut

FDP fordert Evaluation

Wegen der sich häufenden Probleme fordert eine Initiative der



Schwimmhallenkomplex am Freiburger Platz.

KURZNACHRICHTEN

Doppelhaushalt 23/24: teilweise Freigabe

Die Landesdirektion Sachsen hat den im Dezember beschlossenen Doppelhaushalt für die Jahre 2023 und 2024 bestätigt. Die Freigabe ist jedoch mit Einschränkungen verbunden. Rund ein Fünftel der mittelfristig geplanten Investitionsgelder wurde gesperrt und darf daher nicht durch die Verwaltung vertraglich gebunden werden. Die FDP-Fraktion hat bereits während der Haushaltsverhandlungen angemahnt, dass die Landeshauptstadt sparen muss und die finanzielle Situation Zurückhaltung gebietet.

Überbrückungsförderung für queere Flüchtlinge

Das Team von „CSD Dresden hilft“ unterstützt queere Geflüchtete, indem sie sichere Räume bereitstellen und Dialog ermöglichen. Wegen einer Förderungslücke und der Inaktivität des Freistaats standen zwischen Januar und Mai keine Mittel mehr für das wichtige Projekt zur Verfügung. Die FDP-Fraktion hat sich gemeinsam mit der SPD erfolgreich dafür eingesetzt, eine städtische Zwischenförderung zu sichern. „Es geht nicht um ein Sonnenscheinprojekt, sondern um Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität aus ihrer Heimat fliehen mussten“, erklärt Robert Malorny.

Alter Leipziger Bahnhof – Kein Jüdisches Museum

Am Alten Leipziger Bahnhof soll ein Gedenkort beziehungsweise ein jüdisches Begegnungszentrum entstehen. Zwischen den Wünschen und Erwartungen der Vertreter der jüdischen Gemeinden und anderer Akteure bestehen jedoch Widersprüche. FDP-Stadtrat Holger Hase kritisiert das Fehlen einer Gesamtstrategie, den sensiblen Erinnerungsort zu entwickeln und inhaltliche Überfrachtung zu verhindern. Das Thema Jüdisches Museum und die Projektentwicklung Alter Leipziger Bahnhof müssen inhaltlich voneinander getrennt werden.

Sowjetisches Ehrenmal und Ehrenhain am Nordfriedhof sanieren und kontextualisieren

Der Ehrenhain für die Regimenter der Dresdner Garnison im Ersten Weltkrieg auf dem Nordfriedhof und das sowjetische Ehrenmal für die Gefallenen der 5. Gardarmee am Olbrichtplatz befinden sich in sehr schlechtem Zustand und bedürfen dringend einer Sanierung. Die Denkmale sind zeitgenössische Zeichen der Brüche in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts und der beiden Weltkriege. Sie sind unter spezifischen politischen und ideologischen Rahmenbedingungen entstanden und mit für die heutige Zeit unverständlichen oder fragwürdigen inhaltlichen

Aussagen verbunden. Daher fordert die FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat, dass mit der Sanierung auch eine Kontextualisierung der Denkmäler einhergeht. In die Ausarbeitung des Konzeptes sollen Vertreterinnen und Vertretern von Wissenschaft, Verwaltung und Stadtrat sowie bürgerschaftliche Akteure einbezogen werden. Über den FDP-Antrag berät der Dresdner Stadtrat voraussichtlich im Juni 2023. Ziel ist es, die denkmalpflegerische Sanierung und die Kontextualisierung des sowjetischen Ehrenmals bis spätestens zum 8. Mai 2025 abzuschließen.

Fraktion aktuell



Eine kirgisische Delegation trifft sich mit dem neuen Beigeordneten Jan Pratzka und der Dresdner FDP-Stadtratsfraktion.

Austausch zur Fachkräftesituation in Dresden und Sachsen

Im Mai war eine Delegation von Koordinatoren und Ausbildern von EDUVISO OcOO aus Kirgistan mit Vertretern der EDUVISO GmbH aus Dresden bei unser Fraktion zu Gast. EDUVISO bildet – gemeinsam mit Fachschulen und Colleges in Zentralasien – Nachwuchsfachkräfte für den deutschsprachigen Arbeitsmarkt aus oder bereitet sie auf eine Ausbildung in Deutschland bestmöglich vor. Der Schwerpunkt liegt bei den Pflegeberufen. Bei dem Treffen wurden vor allem die Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit Ämtern und die bürokratischen Hürden bei der

Vermittlung von Fachkräften und Auszubildenden diskutiert. Eingeladen war zu dem Fraktionstermin auch Jan Pratzka, ehemaliger Chef der Bundesagentur für Arbeit in Dresden und nun neuer Beigeordneter für Wirtschaft.

Kommunalpolitischer Austausch

Kommunalpolitiker aus Döbeln trafen sich mit Mitgliedern und Mitarbeitern der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat zu einem kommunalpolitischen Austausch im Dresdener Rathaus. Dabei konnte Christoph Blödner die Rolle der FDP-Fraktion bei den Haushaltsverhandlungen anschaulich machen



Kommunalpolitiker aus Döbeln und Dresden vor der Goldenen Pforte des Rathauses.

und Holger Zastrow wertvolles Input für das Voranbringen neuer Initiativen geben. Thematisch verband die Kommunalpolitiker auch die zukunftsfähige Entwicklung der Innenstadt sowohl in Dresden als auch in Döbeln.

Lili-Elbe-Straße eingeweiht

Am 17. Mai 2023 wurde die neue Lili-Elbe-Straße feierlich eingeweiht. Lili-Elbe war eine frühe Pionierin, die sich vor über 90 Jahren in einer Dresdner Frauenklinik einer geschlechtsangleichenden Operation unterzog. Dresden ist die erste Stadt in Deutschland, die eine Straße nach einer Trans-Persönlichkeit benennt. Der Vorschlag kam aus der Bevölkerung und wur-



Feierlich wurde das Schild enthüllt.

de vom Stadtbezirksbeirat Altstadt aufgegriffen. Allerdings wurde das Schild bereits in der ersten Nacht entwendet und muss nun ersetzt werden.

Richtfest Heinz-Steyer-Stadion

Am 4. April 2023 konnte sich FDP-Stadtrat Holger Hase beim Richtfest des neuen Heinz-Steyer-Stadions ein persönliches Bild über den Fortschritt und die Dimension des Bauvorhabens machen. Es ist das aktuell wohl wichtigste sportinfrastrukturelle Investitionsprojekt der Landeshauptstadt. Die Abriss- und Erdarbeiten sowie der Rohbau der Südtribüne einschließlich der Dacharbeiten konnten nach



Baufortschritt beim Heinz-Steyer-Stadion.

weniger als eineinhalb Jahren abgeschlossen werden. Auch der das Stadion umspannende Lichtring ist bereits montiert und der Ausbau der Ost- und Westkurve nahezu fertiggestellt. Besonderer Fokus beim Um- und Ausbau liegt auf der Leichtathletik. Außerdem wird das Stadionoval für Fußball und American Football zur Verfügung stehen und in den Mehrzweckgebäuden werden ein Fichtclub, ein Squashclub sowie Ballettgruppen modernste Trainingsbedingungen vorfinden.

Die historische Altstadt

Mit rund 60 Interessierten führte Christoph Pötzsch am 12. Mai 2023 eine Gruppe auf Einladung der FDP-Fraktion durch die Altstadt und berichtete auf der zweistündigen Tour über allerlei politische Skandale, kuriose Begebenheiten sowie faszinierende Details an den historischen Bauten aus den vergangenen Jahrhunderten. Am Standort des italienischen Dörfchens gab es einst eine Siedlung mit Handwerkern, die unter Leitung des italienischen Architekten Gaetano Chiaveri die Katholische Hofkirche errichteten. Auch der interessante Namensursprung der

Rosmaringasse und warum am Kulturpalast die Türen in falscher Reihenfolge eingebaut sind, war Teil des Programms für die stauenden Zuhörer. Die nächste Führung mit Christoph Pötzsch wird im September stattfinden.



Letzte Station der Tour war die Frauenkirche.

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Christoph Blödner, Franz-Josef Fischer, Holger Hase, Robert Malorny und Holger Zastrow.

Kontakt

FDP-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 1035
E-Mail fdp-fraktion@dresden.de

Redaktion

Maximilian Hempel (V.i.S.d.P.), Thomas Widra, Jacqueline Masopust, Till Bunzel

Gesamtherstellung:

SDV Direct World GmbH

Bildnachweise

Fraktionsarchiv

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4881035



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE:

Fehlt Dresden der Durchblick?

Deutschlands Krisen rütteln auch an Dresdens Fundamenten! Seit dem Ende von Corona überschattet ein Krieg in Europa die

sicher geglaubte Demokratie, Unsicherheit macht sich breit. Hinzu kam die Unfähigkeit des Dresdner Stadtrates, zügig und treffsicher neue Beigeordnete zu wählen. Mit sich selbst beschäftigt übersahen die Stadträte manches Problem, was eigentlich schneller hätte bearbeitet werden müssen.

Aber erst einmal gingen uns die Lichter aus! In den Wintermonaten irrten die wenigen Touristen hilflos durch eine dunkle Stadt. Die charakteristischen Gebäude wurden nicht beleuchtet und konnten deshalb nicht wie gewohnt bewundert werden.

Viele Einwohner spürten die Veränderungen an der Wassertemperatur der Dresdner Bäder, es wurde schlichtweg zu kalt. Von dieser Tatsache lenkte uns die Verwaltung geschickt ab, indem ein

„Bäderstreit“ entfacht wurde. Wollen wir noch Bäder bauen, wie versprochen zum Beispiel das Klotzscher Hallenbad, oder bleiben wir „Nichtschwimmer“?

Selbst mit dem Bau von Wohnungen kommen wir immer mehr ins Hintertreffen. Große Firmen wollen in Dresden ansiedeln oder erweitern, aber wo sollen die Beschäftigten wohnen? Wenn sie von weit her anreisen müssen, dann ist das mit dem Fahrrad nicht mehr beherrschbar und der Autoverkehr nimmt zu. Arme Verkehrsbetriebe! Der ÖPNV wäre die Rettung, aber in diesem Bereich bröckelt es ja ebenfalls. Wahnsinnige Kosten und Fehler in den Planungen der DVB stellen alle Zukunftsträume von Netzverbesserungen in den Schatten, gar ins finstere Aus. Was bewegt den Dresdner Bürger nach? Die Arbeitskräftesituation auf jeden Fall!

Ob Krankenhaus, Schule, Handwerk oder Pflegeheim, überall kommt man an Grenzen. Viele Bürger glauben nicht mehr daran, dass die erweiterte Aufnahme von Flüchtlingen dazu die Lösung bringen könnte. Sie lärmen stattdessen auf der Straße. Es ist erschreckend, wie oft der flüssige Verkehr vom Blaulicht der Einsatzfahrzeuge behindert wird. Das Klima der Menschen untereinander ist in Gefahr, nicht nur das Weltklima. Eine unruhige Stadt ist Dresden geworden.

Ob sich das nach den Wahlen im Jahr 2024 ändern wird?

Das fragt der Freie Bürger

Franz-Josef Fischer